

6.14neu Lokal und global - Fluchtursachen bekämpfen

AntragstellerIn:

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Der Landesverband Hessen bringt folgende Resolution auf die nächste Bundesdelegiertenkonferenz
- 2 ein:
- 3 Lokal und global – Fluchtursachen bekämpfen
- 4 Weltweit sind zurzeit über 60 Millionen Menschen auf der Flucht – mehr als die Hälfte davon
- 5 sind Kinder. Nur ein Bruchteil von ihnen kommt nach Deutschland. Die meisten suchen in Ländern
- 6 Zuflucht, die von unserem Wohlstand nur träumen können. Wir Grüne sind stolz, dass die
- 7 BürgerInnen dieses Land die Ankommenden willkommen heißen und klar zeigen, dass Rassismus und
- 8 andere menschenfeindlichen Ideologien in Deutschland keinen Platz haben.
- 9 Trotz unseres Wohlstandes bedeutet die Aufnahme von vielen zehntausend Menschen für uns eine
- 10 große Herausforderung. Deswegen muss der Bund jetzt mit dem überwältigenden Engagement der
- 11 Menschen in diesem Land gleichziehen: Die Bundesregierung muss nachhaltige Strukturen schaffen;
- 12 innenpolitisch, aber auch außenpolitisch. Denn die neuen Ausmaße von Vertreibung und Flucht
- 13 zeigen, dass Innen- und Außenpolitik heute weniger denn je voneinander getrennt werden können.
- 14 ExpertInnen haben seit Jahren vor einer Verschärfung der Lage gewarnt. Anders als von der
- 15 Bundeskanzlerin behauptet, kam die Steigerung der Flüchtlingszahlen weltweit und in der EU
- 16 nicht überraschend. Und genauso wenig sollte es uns überraschen, wenn sich daran vorerst nichts
- 17 ändert. Menschen fliehen aus zerfallenden Staaten, vor Gewalt, Armut und den Auswirkungen des
- 18 Klimawandels. Diese Probleme lassen sich weder mit höheren Zäunen, noch mit Patrouillenbooten
- 19 lösen. Sie sind das Ergebnis vielschichtiger politischer Prozesse, die nur bedingt steuerbar
- 20 sind. Komplexe Konfliktlagen, wie in Jemen oder in Syrien lassen sich nicht kurzfristig
- 21 befrieden und die Folgen des Klimawandels werden nicht durch einen einzelnen Vertrag gestoppt
- 22 werden. Wer suggeriert, durch die Veränderung einiger weniger Parameter die Fluchtursachen rasch
- 23 abmildern oder gar beseitigen zu können, lügt sich in die eigene Tasche. Wir werden die offenen
- 24 Arme möglichst aller EuropäerInnen noch lange brauchen.
- 25 Die Verhältnisse zwingen die Menschen in die Flucht. An diesen Verhältnissen kann Deutschland
- 26 einiges ändern und die ihnen zu Grunde liegenden Probleme sind oft seit langem offenbar. Dazu
- 27 zählen die Abhängigkeit der Industrieländer von fossilen Brennstoffen und die verheerenden
- 28 Folgen des Klimawandels, die Fehler unserer Landwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik
- 29 sowie unser Umgang mit autoritären Staaten und deren Aufrüstung durch Waffenexporte. Wir müssen
- 30 uns bewusst werden, dass die alltäglichen Entscheidungen von uns und der globalen
- 31 Mittelschicht, Entscheidungen über Ernährung, Bekleidung oder Transportmitteln, weitgreifende
- 32 Auswirkungen haben, die auch zu den Fluchtursachen beitragen. Wenn wir uns dessen bewusst
- 33 werden, können wir eine Welt gestalten, in der mehr Menschen in Frieden und Wohlstand leben und
- 34 die Achtung ihrer Menschenrechte gewährleistet ist.
- 35 Staaten stabilisieren, Menschenrechte stärken, anders wirtschaften
- 36 Menschen begeben sich nur dann auf die Flucht, wenn ihre Lebenssituation unerträglich wird.
- 37 Dazu tragen politische Repression, Korruption und die daraus entstehende politische und
- 38 wirtschaftliche Ungerechtigkeit erheblich bei. Deswegen brauchen wir eine langfristig geplante
- 39 und an der Einhaltung menschenrechtlicher Standards ausgerichtete Außen- und
- 40 Entwicklungspolitik. Bisher setzen EU und Bundesregierung im Angesicht von Krisen und

41 Umbruchsprozessen aber auf plakative und kurzsichtige Politik. In Ägypten beispielsweise
42 unterstützen die Bundesregierung und viele andere europäische Staaten unter der Maßgabe der
43 Stabilität nach einem kurzen demokratischen Aufbruch das autoritäre Regime Al-Sisis, dessen
44 Politik radikalen IslamistInnen den Nachwuchs in die Arme treibt. In anderen Regionen fehlt es
45 an vernetztem außenpolitischen Denken und Handeln. Es ist zwar einerseits richtig, Äthiopien
46 bei seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen, auch wenn dort eine alles andere als
47 rechtsstaatlich agierende Regierung im Amt ist. Das aber darf andererseits nicht dazu führen,
48 dass man, wie die Bundesregierung, die Augen vor den Folgen der äthiopischen Regionalpolitik
49 verschließt. Denn diese liefert u.a. einen wichtigen Vorwand für die Repressionsmaschine in
50 Eritrea. Hier muss Deutschland konsequenter und engagierter handeln. Dazu gibt es bislang keine
51 Ansätze. Im Gegenteil, es liegen mittlerweile Afrika-Konzepte aus drei verschiedenen
52 Bundesministerien vor, die allesamt innovative Politikansätze vermissen lassen.

53 Aber auch unsere eigene Art zu wirtschaften hat einen direkten Einfluss auf die Fluchtursachen
54 vieler Menschen. Darüber müssen wir uns noch klarer werden und vor allem unser Konsumverhalten
55 ändern. Beispiele gibt es viele, aber eines zeigt das Problem doch sehr exemplarisch: Wenn wir
56 Hühnchen essen, für die in Brasilien Regenwald gerodet wurde um Genmais anzubauen, welcher in
57 der Großflügelabrik im Niedersachsen verfüttert wurde, damit wir eine dickgemästete
58 Hühnerbrust essen, während die Restteile des Tieres nach Westafrika exportiert werden, wo sie
59 billiger verkauft werden als lokal angebautes Fleisch und somit die Lebensgrundlage der Bauern
60 vor Ort zerstören, dann haben wir auch ganz konkret zu den Fluchtursachen beigetragen. Ganz zu
61 schweigen von den europäischen High-Tech-Trawlern, die ganze Küstenlinien leerfischen und damit
62 systematisch die Existenz der einheimischen Fischer zerstören.

63 Internationale Konfliktlösung vorantreiben

64 Die meisten Fliehenden aber werden von Kriegen in ihrer Heimat vertrieben. Seit dem Ende des
65 Zweiten Weltkrieges wurden auf internationaler Ebene verschiedenste Mechanismen entwickelt,
66 Kriege zu beenden oder gar nicht erst ausbrechen zu lassen. Die Vielzahl von Konflikten, vor
67 denen Menschen zurzeit flüchten, scheint dennoch unüberschaubar und kaum zu bewältigen. Das ist
68 aber kein Grund den Kopf in den Sand zu stecken. Statt vermehrt in Koalitionen der Willigen zu
69 agieren und den Wiederaufbau von Staaten und Regionen zu vernachlässigen, sollte Deutschland
70 die internationalen Mechanismen zur Konfliktlösung wieder stärken. Dazu gehört die stärkere
71 Beteiligung an den Bemühungen der UN - auch der UN-Friedensmissionen - ebenso, wie der aktive
72 Einsatz für globale Abrüstungsinitiativen. Denn die UN sind nur so stark, wie ihre Mitglieder
73 es erlauben. Sie können ihrem Auftrag für den Frieden in der Welt nur gerecht werden – im
74 Jemen, in der Ukraine, oder in Syrien, wenn alle Mitglieder ihren Beitrag leisten. Deutschland
75 muss hier mit gutem Beispiel vorangehen.

76 Auch im Bereich der Krisenprävention gibt es noch Nachholbedarf. Wenn Konflikte gar nicht erst
77 eskalieren, werden Menschen nicht gezwungen zu fliehen. Der deutschen Außenpolitik aber fehlt
78 es an geeigneten Strukturen und dem politischen Willen, um Konflikte frühzeitig zu erkennen und
79 präventiv zu agieren. Der Ressortkreis zivile Krisenprävention, der Aufbau vernetzter und
80 intelligenter Frühwarnsysteme und die zivile Reaktionsfähigkeit müssen gestärkt werden. Auch
81 das ist Fluchtursachenbekämpfung. Letztendlich ist auch ein langer Atem notwendig, um Staaten
82 nach Konflikten wieder aufzurichten. Das geht immer nur von innen, aber die Zivilgesellschaften
83 dieser Länder brauchen oft punktuelle Unterstützung, die manchmal Jahrzehnte dauern kann.

84 Klimaschutz aktiv vorantreiben, Folgen von Klimawandel abmildern

85 Die Klimakrise verstärkt viele der beschriebenen Probleme weltweit. Sie belastet unsere
86 ökonomischen, sozialen und politischen Systeme. Siedlungsräume und die Existenzgrundlage vieler
87 Menschen sind durch die schleichenden Folgen des Klimawandels und durch Extremwetterereignisse
88 akut bedroht. Insbesondere dort, wo die Situation ohnehin schon angespannt ist, führt die

89 Veränderung des Klimas zu einer Verschärfung von bestehenden Konflikten. Am stärksten trifft es
90 meist die ärmsten und fragilsten Regionen dieser Welt, die schon jetzt nur über schlechte
91 Instrumente der Konfliktregelung verfügen. Dennoch reagiert die Bundesregierung nur langsam und
92 viel zu zaghaft – was den Klimaschutz im eigenen Land angeht, genauso wie bei ihren
93 internationalen Ambitionen.

94 Unser Ziel muss es sein, den Klimawandel so gut es noch geht zu verlangsamen und seine Folgen
95 zu begrenzen. Dazu gehört eine Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad durch verbindliche
96 Reduktionsziele, die Etablierung von Straf- und Ausgleichszahlungen und ein völkerrechtlich
97 verbindliches Abkommen. Hierfür müssen wir uns auf internationaler Ebene stark machen.

98 Dennoch müssen wir den Klimawandel als Realität akzeptieren. Deshalb ist es unsere Aufgabe,
99 seine negativen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Effekte auf die Stabilität von
100 Staaten und Regionen abzumildern: Dafür braucht es verlässliche politische Institutionen
101 inklusive der notwendigen demokratischen Kontrolle und eine Zivilgesellschaft, die Transparenz,
102 öffentliche Diskussion und den Ausgleich zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen
103 Interessengruppen. Daher müssen wir mithelfen, derartige Institutionen und Mechanismen vor
104 allem international aufzubauen und zu stärken.

105 Rüstungsexporte stoppen

106 Die gegenwärtige Rüstungsexportpolitik Deutschlands und vieler europäischer Verbündeter trägt
107 aber auch ganz direkt zur Verschärfung von Konflikten bei. Besonders die jahrzehntlang
108 betriebene, verheerende Politik des Verkaufs von Lizenzen zur Kleinwaffenproduktion an
109 Drittstaaten hat millionenfaches Leid verursacht. Mittlerweile hat die Bundesregierung auch
110 offiziell eingeräumt, dass sie über den Verbleib dieser Waffen keinerlei Kontrolle hat. Viele
111 der blutigsten Konflikte der Welt werden mit Gewehren ausgetragen, die in Deutschland
112 entwickelt wurden. Trotzdem genehmigt die Bundesregierung noch immer den Export von
113 Zulieferteilen für deren Produktion.

114 Am deutlichsten wird die verheerende Rüstungsexportpolitik derzeit im Jemen. Mit Saudi-Arabien,
115 den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar führen dort drei Länder einen blutigen Krieg
116 gegen die Zivilbevölkerung, denen europäische Firmen Waffen im Milliardenumfang verkauft haben.
117 Europäische Kampfflugzeuge werfen die Bomben ab, die ein bitterarmes Land zerstören,
118 jahrzehntelange europäische Entwicklungszusammenarbeit zunichte machen, Menschen ins Elend
119 stürzen und ein einzigartiges Weltkulturerbe zu zerstören drohen. Auch vermeintlich harmlose
120 Rüstungsgüter wie Patrouillenboote, von denen Deutschland zahlreiche an Saudi-Arabien verkauft
121 hat, zeigen hier ihr verheerendes Potenzial: Sie überwachen die Seeblockade, die es verhindert,
122 dass Nahrungsmittel und Treibstoff die notleidende Bevölkerung erreichen.

123 Aufnahmeländer und Flüchtlingsorganisationen stärken

124 Die Vielzahl der Flüchtlinge kommt nicht nach Deutschland, sondern flieht innerhalb ihrer
125 Länder oder in Nachbarstaaten, in der Hoffnung bald in ihre Heimat zurückkehren zu können. Die
126 Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sind oft selbst fragil: Pakistan, Libanon,
127 Kenia, Äthiopien oder Jordanien. Wenn wir sie nicht langfristig unterstützen, drohen sich
128 bestehende Konfliktherde auszuweiten. Die Flüchtlinge würden erneut vertrieben und viele neue
129 Vertriebene kämen dazu.

130 Die bisherige Hilfe der internationalen Gemeinschaft und der Bundesregierung hat mit der
131 rasanten Entwicklung der humanitären Krisen nicht mithalten: meistens kommt zu wenig Hilfe
132 und sie kommt zu spät. In Jordanien beispielsweise leben über 80% der Flüchtlinge in Gemeinden
133 und nicht in Flüchtlingslagern. Auf eine Gemeinde mit zweihundert Einwohnern kommen dann nicht
134 selten noch einmal zweihundert Flüchtlinge. Das führt zwangsläufig immer wieder zu Spannungen.
135 Diese steigern sich, je länger die Flüchtlinge bleiben.

136 Bestehende Konzepte der Humanitären Hilfe sind auf die große Anzahl und lange Dauer der
137 Flüchtlingskrisen kaum eingestellt. Kurzfristige Projektfinanzierung und Notfallhilfe wird den
138 langfristigen Aufgaben nicht gerecht. Ein System, das auf eine Versorgung in Lagern
139 ausgerichtet ist, muss sich dringend anpassen, um die aufnehmenden Familien und Gemeinden zu
140 unterstützen. Das passiert leider viel zu langsam. Aber auch die etablierte Hilfe stößt immer
141 wieder an Grenzen. Das World Food Programm muss die schon minimalen Nahrungsmittelrationen
142 kürzen, weil ihnen die Finanzierung fehlt. Viel zu oft werden Schulen geschlossen, weil die
143 Hilfsorganisationen die Lehrer nicht mehr bezahlen können. Für eine notwendige psycho-soziale
144 Versorgung der Menschen ist fast nie Geld da. Deswegen ist es dringend notwendig, dass die
145 vielen engagierten Hilfsorganisationen, die sich vor Ort für die Menschen einsetzen,
146 zuverlässig finanziert werden. Vor allem aber fehlt es am Gehör für die aufnehmenden Staaten.
147 Wer helfen will, muss diese Länder nach ihren Bedürfnissen fragen und ihnen Austausch auf
148 gleicher Augenhöhe anbieten – und keine Almosen.

149 Perspektiven eröffnen – in den Heimatländern und in Deutschland

150 Ein Teil derer, die kommen, sind aber auch MigrantInnen und nicht auf der Suche nach Asyl. Sie
151 wollen in Deutschland arbeiten, als Saisonarbeiter, als PflegerInnen oder als Ärzte. Viel zu
152 häufig aber fallen sie durchs Raster, weil unser Land noch immer kein funktionierendes
153 Einwanderungssystem und –gesetz hat. Andere würden lieber in ihrer Heimat bleiben und dort
154 arbeiten, finden aber trotz guter Qualifikation keine Anstellung, weil die lokale Wirtschaft am
155 Boden liegt, auf Grund von Korruption, Vetternwirtschaft oder Rassismus. Diesen Menschen - ob
156 aus dem Westbalkan oder aus Subsahara-Afrikakommend – müssen wir Perspektiven eröffnen, in
157 ihrer Heimat und bei uns in Deutschland. Die Bundesregierung verweigert sich in beiden
158 Bereichen: bei der Erarbeitung legaler Einwanderungswege und bei der Entwicklung einer
159 ambitionierten und nachhaltigen Politik der EU in ihrer Nachbarschaft.

160 Demut und ein langer Atem

161 Die große Koalition ist angetreten, um international mehr Verantwortung zu übernehmen. Das ist
162 bei der derzeitigen Zuspitzung zahlreicher Konflikte dringend notwendig. Die wichtigste
163 Verantwortung ist diejenige mitzuhelfen, dass Menschen ihre Heimat nicht verlassen müssen.
164 Hierzu können wir in Deutschland sehr viel beitragen – lokal wie global. Das geht weder sofort,
165 noch wird es einfach werden. Viel mehr braucht es Demut vor der Größe der Aufgabe, den Willen
166 zur Veränderung und vor allem einen sehr langen Atem. Wir müssen unsere bisherige Politik einer
167 kritischen Bestandsaufnahme unterziehen und uns langfristig engagieren. Auch das ist ein Teil
168 unserer Verantwortung für die Welt.